

Liberales Manifest der F.D.P., 1985

(...)

I. Freiheit ist unser Auftrag

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Überall deuten sich Umwälzungen an, mit denen die dritte industrielle Revolution den Weg in die Informationsgesellschaft der Zukunft öffnet. Gegen alle Katastrophenfurcht und Zukunftsängste setzen die Liberalen das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche und sozial gerechte Welt zu gestalten. Nie zuvor waren die Möglichkeiten für eine Zukunft mit mehr persönlicher Freiheit größer als heute. Doch unsere Gesellschaft steckt in einer Krise der Institutionen und Wertorientierungen. Der Einzelne steht vor den Folgen einer Politik, die mehr Gleichheit und Glück will, aber oft mehr Unmündigkeit, Anonymität und Bürokratie bewirkt. Die Grenzen umfassender Vorsorge und Wohlfahrt durch den Staat sind doppelt sichtbar geworden: Die Finanzierung der sozialen Sicherheit ist gefährdet. Die Bürokratisierung menschlichen Schicksals droht Individualität, Freiheit und persönliche Verantwortung zu ersticken. Eine Politik, die alles Heil zuerst im Staat sucht, kann die Zukunft nicht bewältigen.

Wir Liberalen wollen eine Politik, die den Einzelnen in den Mittelpunkt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stellt und die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen Bürgers verwirklicht. Wir wollen die modernen Ketten abstreifen, die unsere Freiheit immer mehr abschnüren. Wir machen Ernst mit dem Kampf gegen Bürokratie, Bevormundung, Vorurteile und Gängelei, gegen die Freiheitsverweigerung von rechts und links, gegen konservatives, sozialistisches und grünes Ordnungs- und Planungsdenken. Nur eine konsequente Politik für die Freiheit des Einzelnen sorgt auch für die Freiheit der vielen. Wer selbst wirklich frei ist, wird den notwendigen Respekt vor der Freiheit der anderen entwickeln, wird zu einer aktiven Toleranz fähig, die nicht nur leben läßt, sondern durch eigenes Handeln zur Beseitigung von Bevormundungen und Abhängigkeiten, zum Abbau von Vorurteilen und zur gleichberechtigten Teilhabe aller beiträgt.

Wir sagen dem Bürger: Es gibt keine Freiheit ohne Bindung. Persönliche Freiheit und soziale Verantwortung sind untrennbar. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Leistung zu erbringen. Die Freiheit des Einzelnen ist gerade in der heutigen Sicht des Strukturwandels und der großen technischen Neuerungen der Ausgangspunkt dafür, daß unsere Gesellschaft sich frei, offen und solidarisch entwickeln kann. Nur wenn sich Leistung für den Einzelnen lohnt, kann die soziale Sicherheit für alle finanziert werden. Die Liberalen waren es,

die den Rechtsstaat erkämpft haben. Sie sind es auch, die ihn am besten verteidigen und weiter entwickeln können. Das ist heute wichtiger als in früheren Zeiten, in denen sich die Staatstätigkeit auf einige wenige Aufgaben beschränkte. Gewachsene Staatsaufgaben erfordern zunehmende Wächterstellung der Liberalen, sonst bleiben die Bürgerrechte auf der Strecke, sonst werden Bürger- und Freiheitsrechte entweder den Sozialutopien oder autoritärem Staatsdenken geopfert. Mit diesem gesellschaftspolitischen Manifest knüpft die F.D.P. an die Freiburger Thesen von 1971 an—das Programm größtmöglicher Freiheit des einzelnen Menschen, seiner Würde und Selbstbestimmung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und gibt Antworten auf neue Herausforderungen. Im Freiburger Programm der F.D.P. von 1971 wird der Staat nicht mehr nur als Garant der individuellen Freiheit, sondern auch von Gerechtigkeit im Sinne eines freiheitlichen Sozialstaates verstanden. Die F.D.P. bekräftigt die Grundposition der Freiburger Thesen, den einzelnen nicht nur als Individuum, sondern zugleich in seiner sozialen Identität zu sehen. Wir rufen alle dazu auf, mit uns gemeinsam für mehr Freiheit und mehr Lebenschancen, für den inneren Frieden in unserem Lande zu kämpfen, ebenso wie für den äußeren Frieden — denn ohne Frieden ist alles nichts. Die Zukunft ist nicht unabänderlich; wir können sie gestalten. Die Zukunftschance Freiheit muß genutzt werden.

II. Chancen und Gefahren unserer Zukunft

Viele Spekulationen bestimmen heute das Denken über unsere Zukunft. Optimistischen Zukunftsbildern stehen zahllose düstere Visionen gegenüber. Alle diese Voraussagen leiden darunter, daß sie den gestaltenden menschlichen Eingriff vernachlässigen und häufig nur schematische Fortschreibungen darstellen. Wohl aber lassen sich Entwicklungen erkennen, die bei den politischen Antworten heute zu berücksichtigen sind:

Die schnelle wissenschaftlich-technische Entwicklung verändert Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend. Sie schafft neue Wirtschaftsstrukturen und ermöglicht immer effizientere und arbeitskraftsparendere Produktionsverfahren, die zugleich rohstoff- und umweltschonender sind. Der internationale Wettbewerb zwingt die Bundesrepublik Deutschland zu immer neuen technologischen Spitzenleistungen. Die vermeintlichen und tatsächlichen Gefahren moderner Technologien lösen Zukunftsängste aus. Die Beherrschbarkeit heutiger und künftiger Technik und ihre ethischen Dimensionen werden zur zentralen Herausforderung und zum Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion. Die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts stellt zusätzliche Anforderungen an die oft zu langsamen staatlichen Entscheidungsprozesse.

Die Arbeit und ihre Bedeutung im Leben der Menschen wandelt sich. Die technische Entwicklung verändert die Arbeit in Zeiten, Inhalten und Abläufen. Die Chancen für eine individuellere Gestaltung der Arbeit werden größer. Gleichzeitig wird die starre Trennung von Lernen, Arbeit und Ruhestand

immer weniger den menschlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht. Die Menschen wollen sich zunehmend auch außerhalb des Arbeitslebens verwirklichen. Der Rückgang der deutschen Bevölkerung verändert die Altersstruktur erheblich.

Die sozialen Strukturen verändern sich durch die schnelle Entwicklung der Produktions- und Informationstechniken und durch den Bewußtseinswandel. Die Systeme sozialer Sicherung konnten in den letzten Jahrzehnten entscheidend verbessert werden. Dabei sind aber auch die Gefahren der Vereinsamung, der Bevormundung und des Mißbrauchs größer geworden. Der Bedeutungsverlust herkömmlicher sozialer Bindungen sowie wachsender Gruppenegoismus sind Ursachen für die Abnahme zwischenmenschlicher Kommunikation, für Einsamkeit und Vereinzelung. Werte wie Liebe, Mitleid, Zuwendung, Toleranz und gegenseitige Achtung können geschwächt werden; Aggressivität, Vorteilsdenken und Mutlosigkeit hingegen an Bedeutung gewinnen.

Trotz wachsender Umweltschutzanstrengungen besteht die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weiter. Das steigende Umweltbewußtsein führt dazu, daß die Menschen auch im persönlichen Bereich ihr Verhalten ändern. Die Bereitschaft wächst, sich für praktische Verbesserungen der Umwelt persönlich einzusetzen. Der Mensch begreift sich immer mehr als Teil der Natur und erkennt immer stärker die komplexen Vernetzungen in unserer Umwelt. Aber zugleich stößt der Einzelne wie der nationale Staat zunehmend an Grenzen der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. *Regionale und weltweite, soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Industrieländern und der Drit- ten Welt nehmen zu.* Wettrüsten und der Ost-West-Gegensatz gefährden die Entwicklungsländer ebenso wie die Bundesrepublik. Kriege, Bevölkerungsexplosionen, Hungerkrisen und ökologische Fehlentwicklungen in der Dritten Welt ebenso wie Verteilungskonflikte in Entwicklungsländern und zwischen armen und reichen Ländern werden uns immer mehr berühren und Zugeständnisse von uns verlangen. *Diese Herausforderungen werden von aktiven und veränderungsbereiten Gesellschaften besser bewältigt.*

III. Mehr Freiheit und Selbstbestimmung in allen Lebenskreisen

Wir müssen die politischen Voraussetzungen für den Übergang von der anonymen Massengesellschaft zu einer an der Persönlichkeit orientierten und dezentralisierten Gemeinschaft schaffen. In ihr hat der Einzelne den Freiraum zur sinnvollen Lebensgestaltung, zur Selbsthilfe, zur Nachbarschaftshilfe, zur Eigenverantwortung und Mitsprache. Die Liberalen fordern zum Mut auf, die Vernunft zu gebrauchen, zum Mut, sich der Zukunft zu stellen. Der Angst vor dem Fortschritt, dem Zögern und Zaudern setzen wir eine Gesellschaft aktiver Bürger entgegen.

Freiheit ist nie endgültig sicher. Sie ist immer wieder und überall neu zu erstreiten und zu sichern. Wir wollen die größtmögliche Freiheit des Einzelnen und die daraus erwachsende Verantwortung für die Gesellschaft. Deshalb gehen wir bei unseren politischen Antworten von den Lebenskreisen des Einzelnen aus:

- seiner Persönlichkeit
- einer Beziehung zur Natur
- seinen Tätigkeiten
- seinem sozialen Umfeld und
- einer Stellung gegenüber Institutionen und Staat.

Die Freiheit des Einzelnen hat dort ihre Grenzen, wo die Freiheit anderer beeinträchtigt wird.

Liberales Politik will mehr Freiheit und Selbstbestimmung in allen Lebenskreisen – denn Freiheit ist unteilbar. (...)

5. Der Einzelne, der Staat und die Organisationen

Wir wollen weniger Staat und weniger Bürokratie durch Dezentralisierung, Privatisierung und Abbau von Reglementierungen.

Der demokratische Rechtsstaat sichert die Freiheit des Einzelnen, staatliches Handeln gefährdet sie aber auch. Jede Einschränkung bedarf der Begründung.

Die Grenzen der Staatstätigkeit sind immer wieder neu zu bestimmen. Aufgabe des Staates ist die Freiheitssicherung, vor allem die Sicherung demokratischer Regeln, der Chancengleichheit für alle, des Friedens und der inneren Ordnung. Er muß die soziale Grundsicherung derjenigen ermöglichen, die sich weder allein noch gemeinschaftlich helfen können. Andere Aufgaben sollen auf den Bürger und private Organisationen übertragen werden.

In der Wirtschaft hat der Staat primär den ordnungspolitischen Rahmen für die marktwirtschaftlichen, dezentralen Abläufe zu sichern. Staatliche Wirtschaftstätigkeit, die nicht mit hoheitlichen Aufgaben begründet werden kann, ist zu privatisieren. Wirtschaftsförderungen des Staates sind konsequent von indirekten Steuervergünstigungen auf direkte Finanzhilfen umzustellen.

Staatliche Hilfen sollten aus Gründen der Transparenz und der Gerechtigkeit nicht mehr über das Steuersystem gewährt werden, es sei denn, der mit Subvention angestrebte Zweck ist durch eine steuerliche Regelung besser zu erreichen.

Effizienzkontrollen und leistungsbezogene Beförderung müssen im öffentlichen Bereich zur Regel werden. Alle vorhandenen und künftigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sind darauf zu überprüfen, ob sie unbedingt notwendig, einfach anwendbar und leicht verständlich sind. Insbesondere ist das Steuersystem grundlegend zu vereinfachen.

Die Mitwirkungsrechte des Einzelnen in seiner direkten Umgebung müssen erweitert werden.

Unserer Forderung nach weniger Staat und mehr Verantwortung des Einzelnen muß ein Ausbau der Informations- und Mitwirkungsrechte des Einzelnen entsprechen. Auch deshalb fordern wir die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die verschiedensten Formen von Bürgermitwirkung wie z.B. Volksbegehren, Bürgerentscheid, Urwahl der Bürgermeister und der Landräte sowie Abänderung der Listen durch Kumulieren und Panaschieren sollen bundesweit unser repräsentatives System ausbauen und es so glaubwürdiger und attraktiver machen. Das Wahlrecht ist so zu verbessern, daß die Wähler mehr Auswahlmöglichkeiten unter den Kandidaten einer Partei haben.

Wachsende Macht von Organisationen erfordert mehr innere Demokratie und verstärkte Berücksichtigung der Interessen von Nichtorganisierten und Drittbetroffenen. Viele Menschen brauchen die Zusammenarbeit mit anderen, um sich gegen Stärkere in Wirtschaft und Gesellschaft behaupten zu können. Wir begrüßen das Entstehen neuer Selbsthilfegruppen, das wachsende Engagement in Bürgerinitiativen, berufsständischen sowie sozialen Organisationen und wünschen die offene Leistungskonkurrenz der Verbände.

Aber die Tendenz zu zentralistischen Großorganisationen muß umgekehrt, der Mißbrauch von Organisationsmacht verhindert werden. Dazu müssen demokratische Willensbildung und freiwillige Mitgliedschaft ebenso gesichert werden wie die Rechte der Nichtorganisierten und Drittbetroffenen. Angesichts des großen gesellschaftlichen Gewichts der Tarifparteien brauchen wir auch klare Regeln für Arbeitskämpfe, wenn möglich durch freiwillige Vereinbarungen, andernfalls durch Gesetz. Ein gemeinsamer Verhaltenskodex kann zum Abbau von Einschüchterung, Gewalttätigkeit und Machtmißbrauch, insbesondere bei Arbeitskonflikten, beitragen.

Unser parlamentarisches System erfordert eine hohe Glaubwürdigkeit der politischen Parteien. Insbesondere stehen die Politiker in der Verantwortung, sich durch Übereinstimmung zwischen ihrem Anspruch und ihrem Handeln glaubwürdig darzustellen.

Parteien brauchen praktizierte innere Demokratie, offene und kritische Diskussion unterschiedlicher Meinungen und mehr Angebote zur Mitwirkung.

Die Parteien dürfen ihren grundgesetzlichen Auftrag zur politischen Willensbildung nicht mit einem Alleinvertretungsanspruch verwechseln. Den Versuchen, alle wesentlichen öffentlichen Bereiche zu durchdringen und öffentliche Funktionen unter Parteigesichtspunkten zu besetzen, erteilen die Liberalen eine klare Absage. Unser Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft ist eine Absage an den Parteibuchstaat.

Die F.D.P. ist die Partei des Parlamentarismus. Die ausschließliche Verantwortung des Abgeordneten gegenüber seinem Gewissen darf weder durch das imperative Mandat noch durch parlamentarische

Rituale gefährdet werden. Die innere und äußere Unabhängigkeit muß wieder zum Leitbild aller Abgeordneten werden.

So wollen wir das Vertrauen unserer Bürger, gerade auch der Jugendlichen, in unsere freiheitliche demokratische Ordnung und ihre politische Mitwirkung stärken und mehr Freiheit für den Einzelnen verwirklichen.

Quelle: Archiv des Liberalismus, Gummersbach